Nr. 39. + 29. Jahrgang. Berlin, 1. Oktober 1921.

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbreuner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1 Mk. Arbeitervermittlungen 2 Mk. pro Zeile. Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

Kritisches zur Schlichtungsordnung.

Der Entwurf einer Schlichtungsordnung wird dem Reichstag voraussichtlich im Spätherbst beschäftigen. Den sachlichen Inhalt des Entwurfs mit einigen Bemerkungen unseres Mitarbeiters dazu haben wir in den Nummern 18 bis 20 der „Holzarbeiter-Zeitung" veröffentlicht. Inzwischen hat der „Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates" den Entwurf begutachtet und Abänderungsvorschläge gemacht, die teils eine Verbesserung, teils eine Verschlechterung des Entwurfs bedeuten. Nunmehr ist es an der Zeit, den Entwurf erneut kritisch zu prüfen.

Im § 54 wird die Herbeiführung einer gütlichen Einigung zwischen den streitenden Parteien als Zweck des Schlichtungsverfahrens bezeichnet. Das widerspricht nicht den Grundsätzen und der Praxis der Gewerkschaften. Sie sind stets bemüht, ihre Forderungen auf friedlich-schiedlichem Wege zur Anerkennung zu bringen. Der Streik ist das letzte Mittel, wenn alle Einigungsversuche erfolglos geblieben sind. Die Gewerkschaften haben in ihren Satzungen die Bestimmung, daß Arbeitseinstellungen erst dann vorgenommen werden dürfen, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Die Entscheidung darüber, welche Verhandlungsmöglichkeiten ergriffen werden müssen und wann sie erschöpft sind, ist Sache der Gewerkschaften. Hier nun will die Schlichtungsordnung eingreifen, indem sie den Einigungsweg vorschreibt und den Zeitpunkt bestimmt, an dem die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind.

Nach § 55 des Entwurfs dürfen Streiks und Aussperrungen erst dann stattfinden, wenn die zuständige tariflich oder sonstwie vereinbarte Schlichtungsstelle oder die amtliche Schlichtungsbehörde angerufen worden ist und einen Schiedsspruch gefällt hat. Diese Beschränkung des Koalitionsrechts müssen die Gewerkschaften ablehnen. In der Begründung des Entwurfs wird dieser Eingriff in die Koalitionsfreiheit damit zu rechtfertigen versucht, daß es sich nur um eine „von den beteiligten Berufskreisen freiwillig anerkannte Verpflichtung" handle, die nunmehr gesetzlich festgelegt werden solle. Dieser Vergleich geht sehr daneben. Es ist doch ein großer Unterschied, ob die Gewerkschaften sich selbst eine Verpflichtung auferlegen oder ob sie durch Gesetz dazu gezwungen werden. Die Gewerkschaften erkennen durchaus die Notwendigkeit an, vermeidbare Arbeitskämpfe zu verhüten. In zahlreichen Fällen ist dies durch das Verhalten der Unternehmer jedoch unmöglich. Sehr oft sind die Gewerkschaften gezwungen, die Arbeitseinstellung sofort vorzunehmen, weil ein weiteres Warten den Erfolg der Bewegung für sie von vornherein unmöglich machen würde oder weil bei dem provokatorischen Verhalten des Unternehmers den Arbeitern eine Weiterarbeit nicht zugemutet werden kann. Die Gewerkschaften können sich den Gang der Verhandlungen nicht vorschreiben lassen.

Eine noch stärkere Beschränkung der Koalitionsfreiheit enthält § 55, wenn es sich um „gemeinnötige" Betriebe handelt. Hier setzt der Beginn eines Streiks weiter voraus, daß die Arbeitseinstellung von den in Frage kommenden Arbeitern in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde und seit Verkündung des Schiedsspruches mindestens eine Woche verstrichen ist. Ort und Zeit der Abstimmung sind dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten rechtzeitig vorher anzuzeigen, damit er zugegen sein und die Ordnungsmäßigkeit der Abstimmung prüfen kann.

Der „Sozialpolitische Ausschuß" hat ein Ausnahmerecht für die „gemeinnützigen Betriebe" abgelehnt, dagegen aber die im Entwurf vorgesehene starke Beschränkung der Koalitionsfreiheit mit kleinen scheinbaren Abschwächungen auf alle Arbeiter ausgedehnt. Die Abschwächung besteht darin, daß die Sperrfrist, innerhalb welcher nach Fällung eines Schiedsspruches zu Kampfmaßnahmen nicht gegriffen werden darf, von sieben auf drei Tage verkürzt worden ist. Gleichzeitig ist aber der Beginn der Sperrfrist von dem Termin der Spruchverkündung auf den Termin der Zustellung des Schiedsspruches verschoben worden. Wir können in diesem Abänderungsvorschlag eine Verbesserung des Entwurfs nicht erblicken. Die Verkürzung der Sperrfrist von sieben auf drei Tage ist nur scheinbar eine Verbesserung, sie ist wahrscheinlich in manchen Fällen vielmehr eine Verschlechterung. Während nach dem Entwurf die Sperrfrist von der Verkündung des Schiedsspruchs beginnen soll, beginnt sie nach dem Abänderungsvorschlag von der Zustellung des Schiedsspruchs. Wann die Zustellung erfolgt, ist Sache der Schlichtungsbehörden. Es ist möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich, daß die Zustellung des Schiedsspruchs im allgemeinen innerhalb vier Tagen erfolgt.

Bei Annahme der Vorschläge des „Sozialpolitischen Ausschusses" hätten wir folgenden Rechtszustand: Ein Streik darf nur stattfinden, 1. die Schlichtungsorgane angerufen worden sind und einen Schiedsspruch gefällt haben, 2. alle Arbeiter des Betriebes in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit die Arbeitseinstellung beschlossen haben und der Gewerbeaufsichtsbeamte rechtzeitig von der Abstimmung in Kenntnis gesetzt worden war, und 3. seit der Zustellung des Schiedsspruches drei Tage verstrichen sind. Die Beschränkung des Streikrechts soll wohlgemerkt für alle Betriebe und alle Arbeitskämpfe gelten. Es bedarf nicht erst eines Beweises, daß diese wie überhaupt jede Beschränkung des Streikrechts für die Gewerkschaften unerträglich ist. Die Gewerkschaften allein nur haben zu entscheiden, wann gestreikt werden soll.

Der § 55 ist weder in seiner alten noch in der vom „Sozialpolitischen Ausschuß" vorgeschlagenen Fassung annehmbar. Er muß dahin abgeändert werden, daß es den Parteien freisteht, die Schlichtungsorgane anzurufen. Geschieht dies, dann haben sie das Schlichtungsverfahren einzuleiten. Führen die Verhandlungen zu keiner Einigung, muß ein Schiedsspruch gefällt werden.

Die Schlichtungsbehörden können ihre überaus wichtigen Aufgaben nur erfüllen, wenn sie frei sind von allen bureaukratischen und formal-juristischen Einrichtungen und Einflüssen. Das sind die im Entwurf vorgesehenen Schlichtungsbehörden nicht. Sie sind zu stark abhängig von den ordentlichen Behörden, und sie kommen, was mit Sicherheit anzunehmen ist, unter die Leitung von Juristen. Die unparteiischen Vorsitzenden und ihre Stellvertreter werden von der obersten Landesverwaltungsbehörde bestellt. Vorsitzender kann nur werden, wer durch seine „Vorbildung und Erfahrung" für das Amt geeignet ist (§ 22). Daß mal ein Arbeiter zu dem Amt des Vorsitzenden kommen könnte, ist schon deshalb wenig wahrscheinlich, da Arbeiter und Unternehmer in der Regel nicht Vorsitzende sein sollen. Aber wenn auch diese Bestimmung nicht wäre, welche Verwaltungsbehörde würde einem Arbeiter die verlangte „Vorbildung" zuerkennen? Es ist eine alte Erfahrung, daß die Behörden unter „Vorbildung" fast durchweg die juristische Vorbildung verstehen. Daß dies auch in diesem Fall so ist, geht deutlich aus den Bedingungen hervor, die an die Person des Vorsitzenden der Landeseinigungsämter, den Senatspräsidenten und den Direktor gestellt werden. Diese Personen sollen in der Regel zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst befähigt sein. (§§ 35, 44.)

Wir sind nicht der Meinung, daß Juristen, nur weil sie Juristen sind, sich am besten für das Amt des Vorsitzenden einer Schlichtungsbehörde eignen. Was wir an die Spitze einer Schlichtungsbehörde brauchen, sind Menschen mit gesunden volkswirtschaftlichen Ansichten und mit sozialem Verständnis für das Ringen der Arbeiter. Von diesen Gesichtspunkten aus muß die Wahl der Vorsitzenden erfolgen. Deshalb müssen in dem Entwurf alle Bestimmungen gestrichen werden, die den Juristen einen Vorrang sichern. Weiter muß den Behörden das Recht der Bestellung der Vorsitzenden insoweit beschnitten werden, daß sie den Vorsitzenden aus den Personen wählen müssen, die der Bezirkswirtschaftsrat vorschlägt. Auch die Entscheidung über die Art und Zahl der Einigungskammern muß den Landesverwaltungsbehörden genommen (§ 17) und den Bezirkswirtschaftsräten übertragen werden.

Dem Schlichtungsverfahren unterliegen nach § 1 Gesamtstreitigkeiten. Die Differenzen, die ein einzelner Arbeiter mit dem Unternehmer hat, kommen also nicht vor den Schlichtungsbehörden zum Austrag; für solche Streitigkeiten sind die Gewerbegerichte oder die ordentlichen Gerichte zuständig. Es gibt aber auch Einzelstreitigkeiten, die, obwohl sie zunächst nur den einzelnen Arbeiter angehen, für die Arbeiter des ganzen Betriebes weitreichende Bedeutung haben. Wenn z. B. zwischen einem Arbeiter und dem Unternehmer keine Verständigung über den Akkordpreis zustande kommt, so ist das eine Angelegenheit, die alle Arbeiter angeht, denn die Akkordfestsetzung hat Einfluß auf die Lohngestaltung aller Arbeiter. Der § 1, Abs. 4 muß dahin erweitert werden, daß die Schlichtungsordnung auch auf Einzelstreitigkeiten Anwendung findet, sofern die Einzelstreitigkeit die Interessen anderer Arbeiter berührt.

Einer Ergänzung bedarf auch § 6, der feststellt, was wirtschaftliche Vereinigungen im Sinne der Schlichtungsordnung sind. Wirtschaftliche Vereinigungen sind nur solche, zu deren Aufgaben nach der Satzung oder Übung der Vereinigung die Regelung von Arbeitsbedingungen gehört, heißt es hier. Diese Bestimmung kennzeichnet das Wesen der Gewerkschaften so unbestimmt, daß es auch den „Nationalen Werkvereinen" und ähnlichen „gelben" Organisationen nicht schwerfällt, sich die verlangten Merkmale einer Gewerkschaft zu verschaffen. Sie brauchen nur in ihre Satzungen hineinzuschreiben, daß die Regelung der Arbeitsbedingungen zu ihren Aufgaben gehört, und schon sind sie im Sinne der Schlichtungsordnung eine Gewerkschaft. Die „Gelben" sind Schutztruppen der Unternehmer, ihre Anerkennung als Gewerkschaften würde die Parität in der Vertretung der Arbeiter- und Unternehmerinteressen zugunsten der letzteren aufheben. Als Gewerkschaften können nur solche Arbeiterorganisationen anerkannt werden, deren Mitglieder sich nicht aus einem bestimmten Betrieb rekrutieren, Unternehmer als Mitglieder nicht aufnehmen und keine Gelder von Unternehmern erhalten, und die die Interessen ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnehmen.

Das sind einige der wichtigsten Bestimmungen, die im Entwurf gestrichen oder neu hineinkommen müssen. Daneben bedarf der Entwurf noch einer gründlichen Durcharbeitung. Überflüssiges muß ausgeschieden werden. Dazu gehören die Bestimmungen über die Sonderschlichtungsbehörden (§§ 51 bis 53). Diese sollen für die Unternehmungen des Reiches und der Länder errichtet werden. Ein triftiger Grund für solche Sonderschlichtungsbehörden besteht nicht. Durch sie wird aber die notwendige Einheitlichkeit der ganzen Schlichtungsorganisation zerstört.

Die Schlichtungsordnung ist ein Teil des in Ausarbeitung begriffenen einheitlichen Arbeitsrechts. Die Notwendigkeit, dieses Gesetz mit zuerst fertigzustellen, liegt nicht vor. Deswegen braucht man die Schlichtungsordnung jedoch nicht abzulehnen. Notwendig ist, daß mit der Schlichtungsordnung zugleich das Arbeitsgerichtsgesetz und das Tarifvertragsgesetz verabschiedet werden. Die drei Gesetze greifen ineinander, so daß ihre gleichzeitige Inkraftsetzung geboten ist. An den Gesetzen an sich ist der Arbeiterschaft freilich nichts gelegen. Wichtiger ist, daß alle Gesetze einen Inhalt bekommen, der die Arbeiter den Schutz gewährt, auf den sie im Interesse unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens Anspruch haben.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Die in den letzten Monaten eingetretene Besserung des Geschäftsganges hat im August weitere Fortschritte gemacht. Geht man den Ursachen dieser Erscheinung auf den Grund, dann kann man die Hebung der Geschäftslage nicht mit reiner Freude betrachten. Die Befürchtung, daß diesem Aufschwung bald ein starker Absturz folgen wird, scheint durchaus nicht unbegründet. Der Konjunkturaufschwung steht in engem Zusammenhang mit dem Sturz des Markkurses. Dieser verstärkt die ausländische Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen. Der Kurssturz verteuert aber auch die ausländischen Rohstoffe, auf deren Einfuhr wir angewiesen sind. Das bedeutet eine Hebung des inländischen Preisniveaus, oder anders ausgedrückt, das Herannahen einer starken Teurungswelle, deren Vorläufer wir jetzt bereits spüren. Wer es irgend vermag, insbesondere der Handel, sucht sich einzudecken. Am Warenmarkt herrscht starke Nachfrage, die weit über den augenblicklichen Bedarf hinausgeht. Wenn die Teurungswelle in voller Wucht über uns hereinbricht, dann wird vermutlich zugleich auch der Geschäftsgang wieder völlig daniederliegen. Das sind keine sehr erfreulichen Aussichten, aber man wird gut tun, den kommenden Dingen offen ins Gesicht zu sehen.

Auch die Arbeiter müssen aus dieser Wettervoraussage für das Wirtschaftsleben die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wer die augenblickliche Geschäftslage nicht ausnutzt, den Lohn einigermaßen den Bedürfnissen anzupassen, kommt in Verzug. Wenn der Geschäftsgang wieder nachläßt, dann sind die Aussichten für den Erfolg einer Lohnbewegung sehr gering. Die Löhne sind gegenüber der Steigerung der Lebenshaltungskosten stark zurückgeblieben. Diese Kosten steigen weiter, und zwar in immer lebhafterem Tempo. Noch ist es Zeit, vorzubauen, daß das Mißverhältnis zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten nicht unerträglich wird. Schneller als mancher erwartet, dürfte der Umschwung der Konjunktur eintreten.

Diese Betrachtungen, die sich auf das Wirtschaftsleben im allgemeinen beziehen, gelten auch für die Holzindustrie. Auch hier hat die Besserung der Geschäftslage unverkennbare Fortschritte gemacht. In den Berichten, die das „Reichsarbeitsblatt" auf Grund der Mitteilungen von Unternehmern veröffentlicht, tritt das nicht voll in Erscheinung, wenn sich auch die eingetretene Besserung nicht ganz verschweigen läßt. So lauten die Berichte über die Sägewerksindustrie aus Ostpreußen und Schlesien wenig günstig, dagegen wird aus Bayern und Thüringen eine Besserung der Lage zugegeben. In der Möbelindustrie haben sich die Absatzverhältnisse zum Teil etwas gebessert. Sehr verschieden ist die Beschäftigungslage in der Klavierindustrie. In einigen Fabriken konnte der Betrieb wieder voll aufgenommen werden, während in anderen der Betrieb eingeschränkt werden mußte. Als unbefriedigend werden die Absatzverhältnisse in den Rahmen- und Leistenfabriken bezeichnet. In der Bleistiftindustrie ist eine kleine Besserung eingetreten. In der Bürsten- und Pinselindustrie ist die Lage im allgemeinen nicht ungünstig, dagegen klagt die oberfränkische Korbwarenindustrie über schlechten Geschäftsgang.

Eine wertvolle Ergänzung zu diesen Berichten bildet das Ergebnis der monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie, die vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstaltet wird. Von den 155 Betrieben, auf die sich diese Erhebung erstreckt, haben für den Monat August nur 142 berichtet. In 13 Betrieben ruhte zur Berichtszeit die Arbeit infolge Streiks. Das Ergebnis der Berichte zeigt die folgende Tabelle:

Berufszweig	Berichtende Betriebe	Anzahl der Beschäftigten im Monat Aug.	der Eingestellten Aug.	der Entlassenen Aug.	der leeren Plätze 1921	Geschäftsgang: sehr gut St.	sehr gut Arb.	gut St.	gut Arb.	befriedigend St.	befriedigend Arb.	flau St.	flau Arb.
Möbel	82	5202	159	74	1953	4	1018	14	2280	12	1841	2	63
Bau und Möbel	7	1400	67	5	146	—	—	4	972	3	428	—	—
Weiße Möbel	2	434	20	—	13	1	204	—	—	1	230	—	—
Luxusmöbel	2	175	18	—	566	—	—	—	—	1	15	1	160
Bau	4	548	3	1	225	—	—	2	334	2	214	—	—
Stühle	11	1076	6	8	161	1	85	4	867	2	243	4	381
Pianos u. Flügel	19	3819	112	19	1668	—	—	5	754	11	2359	3	736
Sonst. Musikinstr.	4	905	10	—	344	—	—	2	708	1	115	1	87
Bürsten u. Pinsel	13	3237	36	—	690	1	256	8	1838	3	741	1	403
Bleistifte	4	2006	—	82	32	—	—	—	—	—	—	4	2006
Werften	7	2347	66	134	276	1	787	1	834	3	729	2	497
Sägewerke	16	2217	80	40	303	2	302	8	1146	3	458	3	331
Waggons	9	3785	7	86	66	1	142	4	1422	2	1155	2	1066
Sport-, Kinderw.	2	654	28	10	264	—	—	2	654	—	—	—	—
Automobile	3	262	4	3	36	1	113	—	—	2	149	—	—
Nähmaschinen	7	1008	27		7	5	721	2	287	—	—	—	—
Zusammen	142	29105	643	362	6861	17	3718	56	11091	46	8677	23	5619
Im Vormonat	151	31045	456	453	7146	14	2333	39	8922	64	12682	37	7708

Die fehlenden 13 Betriebe umfaßten Ende Juli 2825 Arbeiter; entsprechend sind die Schlußzahlen kleiner. Auffällig ist der starke Überschuß der im Berichtsmonat erfolgten Einstellungen über die Entlassungen. Deutlicher als aus den absoluten Zahlen ist der Geschäftsgang in den einzelnen Berufszweigen aus der folgenden Tabelle zu erkennen, die anzeigt, wieviel von je 100 Beschäftigten eines Berufszweiges auf Betriebe mit sehr gutem, gutem, befriedigendem und schlechtem Geschäftsgang entfallen.

Berufszweig	Aug. 1921				Juli 1921				Aug. 1920			
	sehr gut	gut	befriedigend	schlecht	sehr gut	gut	befriedigend	schlecht	sehr gut	gut	befriedigend	schlecht
Möbel	19,6	43,8	35,4	1,2	9,4	35,3	44,6	10,7	—	6,0	15,4	78,6
Bau- und Möbel	—	60,4	39,6	—	12,3	31,4	39,0	17,3	—	34,3	28,5	37,2
Weiße Möbel	47,9	—	53,0	—	49,3	—	—	50,7	—	—	37,9	62,1
Luxusmöbel	—	—	8,6	91,4	—	38,9	—	61,1	—	—	—	100,0
Bau	—	60,9	39,1	—	—	60,3	8,4	30,3	—	22,8	42,8	34,4
Stühle	7,9	34,1	22,6	35,4	8,6	—	47,8	43,6	—	11,8	29,3	58,9
Pianos u. Flügel	—	19,6	61,3	19,1	—	1,4	59,0	39,0	—	—	14,6	85,4
Sonst. Musikinstr.	—	77,7	12,7	9,6	—	73,5	—	21,5	—	—	—	100,0
Bürsten u. Pinsel	7,9	56,8	22,9	12,4	7,3	5,2	74,4	12,8	—	—	85,3	14,7
Bleistifte	—	—	—	100,0	—	—	—	100,0	—	—	100,0	—
Werften	33,5	14,7	31,1	21,2	—	40,0	47,3	12,7	44,2	5,1	48,5	2,2
Sägewerke	17,7	51,7	20,6	10,0	23,2	30,1	40,1	6,6	—	39,0	38,7	22,3
Waggons	3,7	37,6	30,5	28,2	3,6	37,3	36,9	22,2	—	25,8	74,2	—
Sport- u. Kinderw.	—	100,0	—	—	—	100,0	—	—	—	—	—	100,0
Automobile	43,1	—	56,9	—	—	42,9	57,1	—	—	—	40,7	59,3
Nähmaschinen	71,5	23,5	—	—	28,9	53,7	—	17,4	—	33,9	40,8	35,3
Zusammen	12,8	38,1	29,2	19,3	7,4	28,2	40,1	24,3	4,8	11,4	36,7	47,6

Eine wesentliche Besserung ist in der Möbelindustrie eingetreten; das gleiche kann auch von den Betrieben für Bau und Möbel gesagt werden, obwohl hier diesmal die Rubrik „sehr gut" gar nicht vertreten ist. Ähnlich liegt es bei den Musikinstrumenten, wo, ohne daß ein berichtender Betrieb sehr gut beschäftigt wäre, der Beschäftigungsgrad doch bedeutend besser geworden ist. Das gleiche gilt auch für die Sägewerke, obwohl sich hier die Zahl der auf sehr gut beschäftigten Werke entfallenden Arbeiter vermindert hat. Sehr erheblich gebessert hat sich die Lage in der Nähmaschinenindustrie. Eine wesentliche Verschlechterung zeigt eigentlich nur die Luxusmöbelindustrie. Im ganzen kamen im August auf Betriebe mit sehr gutem und gutem Geschäftsgang 50,9 Prozent der beschäftigten Arbeiter, gegen 35,6 Prozent im Juli. Es ist also im August eine sehr wesentliche Besserung des Beschäftigungsgrades eingetreten.

Das wird auch durch die Beobachtung an den sonstigen Stellen bestätigt, die für die Beurteilung des Arbeitsmarktes in Betracht kommen. Die Stichtagerhebung bei den Arbeitsnachweisen zeigt für alle Berufe zusammen eine Verminderung der Zahl der Arbeitsuchenden. Am 4. August waren 338 210 Arbeitsuchende gemeldet, am 2. September aber nur 321 464; allerdings hat sich auch die Zahl der offenen Stellen in der gleichen Zeit von 75 625 auf 73 218 vermindert. In der Holzindustrie allein prägt sich die eingetretene Besserung viel schärfer aus. Hier hat sich die Zahl der Arbeitsuchenden vom 4. August bis zum 2. September von 11 361 auf 9927 vermindert, und die der offenen Stellen in der gleichen Zeit von 1377 auf 1781 erhöht. Nach diesem Stichtagergebnis kamen auf je 100 offene Stellen bei allen Berufen zusammen am 4. August 447, am 2. September 439 Arbeitsuchende. In der Holzindustrie hat die Besserung weitere Fortschritte gemacht. Hier ist der Andrang auf je 100 offene Stellen von 825 auf 557 zurückgegangen. Dieses Stichtagergebnis darf nicht mit dem Ergebnis der Arbeitsvermittlung für den ganzen Monat verwechselt werden. Im ganzen Monat Juli (für den August liegen die Zahlen noch nicht vor) kamen im Durchschnitt aller Berufe auf je 100 offene Stellen 151 Arbeitsuchende, in der Holzindustrie für männliche Arbeiter 190.

Eine fortschreitende Besserung zeigt auch die Statistik der Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften. Ende Juni waren noch 3,9 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, Ende Juli nur noch 2,5 Prozent. Die Zahlen für den August liegen noch nicht vor. In der Holzindustrie ist die Arbeitslosigkeit in der gleichen Zeit von 4,1 Prozent auf 3,5 Prozent zurückgegangen; sie steht also immer noch über dem Gesamtdurchschnitt. Im Deutschen Holzarbeiter-Verband allein waren Ende Juni 4,4 Prozent, Ende Juli 3,9 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Hier liegen auch bereits die Zahlen für Ende August vor, wonach die Arbeitslosigkeit weiter auf 2,9 Prozent zurückgegangen ist.

Unser Wirtschaftsleben ist, darin stimmen alle Beobachtungen überein, in raschem Aufschwung begriffen; trotzdem können die Ergebnisse keine rechte Befriedigung auslösen. Die eingetretene Besserung ist nur eine relative; die Wirtschaftslage ist besser als sie war, aber sie kann noch lange nicht als gut bezeichnet werden. Dabei ist auch diese bescheidene Blüte nur trügerisch. Im Grunde genommen sind es Krankheitserscheinungen des Wirtschaftskörpers, die diesen Aufschwung ausgelöst haben, der deshalb keinen Bestand verspricht. Wir müssen leider damit rechnen, daß nur zu bald wieder ein Umschwung eintritt, und daß uns noch recht schwere Zeiten bevorstehen.

Soziales.

Die Explosionskatastrophe von Oppau.

Die Nachricht von dem furchtbaren Massenunglück, das sich am Morgen des 21. September in dem Betrieb der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Oppau bei Ludwigshafen in der Pfalz ereignete, hat überall die schmerzlichste Teilnahme erweckt. Eine Katastrophe von solchem Ausmaß und von solchen Folgen hat man in Europa noch nicht erlebt. Die Erlebnisse in dem langen Weltkrieg haben das Gefühl gegenüber der Vernichtung von Menschenleben und Sachgütern ein wenig abgestumpft, aber alles verblaßt angesichts der furchtbaren Folgen des Oppauer Unglücks.

Das Werk in Oppau diente der Gewinnung von Stickstoff aus der Luft. Es wurde Ammoniakwasser hergestellt, der im Krieg eine große Bedeutung für die Fabrikation von Sprengstoffen hatte. Infolge der Ergebnisse der Oppauer Fabrik stand es wie die der Leunawerke bei Merseburg zur Verfügung zur Herstellung von Düngemitteln. Durch sie wird unsere Landwirtschaft unabhängig vom Chilisalpeter, der früher in großen Mengen eingeführt wurde. Der Oppauer Betrieb, der über 6000 Arbeiter beschäftigte, hatte also eine große volkswirtschaftliche Bedeutung.

Am Morgen des 21. September, beim Schichtwechsel, erfolgte eine furchtbare Explosion, deren Wirkung sich auf mehr als 70 Kilometer im Umkreis fühlbar machte. Es sollen 4000 Zentner Ammoniaksulfat-Salpeter explodiert sein. An der Stelle der Hallen, in denen dieser Stoff lagerte, ist jetzt nur noch ein riesiger Krater. Das Dorf Oppau, das etwa 10 000 Einwohner zählte, liegt vollständig in Trümmern und muß neu aufgebaut werden. In Ludwigshafen und dem gegenüber auf der rechten Rheinseite gelegenen Mannheim hat die Explosion furchtbare Verheerungen angerichtet. Zahllose Dächer sind abgedeckt und ganze Häuser eingestürzt. Ganz zu schweigen von den zerbrochenen Fensterscheiben. Die Katastrophe machte den Eindruck eines starken Erdbebens, dessen zerstörende Folgen weithin fühlbar waren.

Glücklicherweise sind die Menschenverluste nicht ganz so groß, wie anfänglich vermutet wurde. Die Zahl steht noch nicht fest, doch dürften mehr als 200 Personen getötet sein, darunter auch viele Frauen und Kinder. Sind doch in Oppau ganze Familien in den einstürzenden Häusern erschlagen und unter den Trümmern begraben worden. Die Zahl der Verletzten wird auf mehrere Tausend geschätzt. Den Opfern der Katastrophe wendet sich die allgemeine Teilnahme zu. Aus allen Ländern gehen Beileidskundgebungen ein. Auch die Wohltätigkeit regt sich; bereits werden größere Summen genannt, die für die Opfer gespendet wurden, und bald werden wohl umfassende Sammlungen veranstaltet werden. Es werden aber auch riesige Summen erforderlich sein, um auch nur die unmittelbare Not zu lindern.

Über die eigentliche Ursache der Explosion ist etwas Positives noch nicht festgestellt; ob überhaupt genaue Feststellungen möglich sein werden, ist fraglich. Jedenfalls steht fest, daß die bei der Verarbeitung solch gefährlicher Stoffe erforderliche Vorsicht nicht geübt wurde. Es wäre wenig daran gelegen, wenn irgendein Schuldiger entdeckt würde. Nicht darauf kommt es an, wer etwa die Schuld an dem Unglück trägt, sondern die Aufmerksamkeit ist darauf zu lenken, daß festzustellen versucht wird, was die Katastrophe veranlaßt hat.

Auf dem Schlachtfeld der Arbeit sind wieder unerhörte Opfer gefallen; für einen Augenblick horcht die Welt auf und erschreckt ob der Gefahr, die den Arbeiter bei der Ausübung seines Berufs bedroht. Aber bald wird das Interesse auf andere Dinge gelenkt, und die Erinnerung an den furchtbaren Vorfall verblaßt; auch bei denen, die täglich von den gleichen Gefahren bedroht sind. Das muß verhütet werden. Das Oppauer Unglück muß ein Ansporn sein, dem Unfallschutz fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nicht nur dem Schutz vor Explosionsgefahren. Wenn diese furchtbare Katastrophe den Anstoß gibt zu einer intensiven Förderung des Unfallschutzes, dann waren die Opfer, die sie gefordert hat, nicht ganz vergeblich gefallen.

Helft dem hungernden Volk in Rußland und Georgien.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Sitz Amsterdam) veröffentlicht einen Aufruf zur Unterstützung des hungernden Volkes in Rußland und Georgien. In dem Aufruf heißt es einleitend: „Die Gefahr besteht, daß die Hilfe für das hungernde russische und georgische Volk in den von der Mißernte betroffenen Gebieten von den Feinden der russischen Revolution in Rußland selbst wie in Westeuropa zu Machenschaften benutzt wird, um die Sowjetregierung zu stürzen. Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Entscheidungskampf der Gegenrevolution. In den Ländern Westeuropas, auch in den Ländern der Besiegten, in den Ländern der Revolution gewinnt die Reaktion mit jedem Tag an Boden."

Der Aufruf weist dann auf das Treiben der Reaktion in den verschiedenen europäischen Ländern hin; die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Machenschaften Erfolg haben. Er schließt mit folgenden Worten:

„Zu Hunderttausenden sterben die Kinder in Rußland. Millionen erwartet das gleiche Schicksal, wenn nicht rasch, ohne versteckte Absichten, geholfen wird. Der nach Rußland entsandte Vertreter des Roten Kreuzes, Nansen, bestätigt die Nachrichten von den furchtbaren Zuständen in den Hungergebieten. Soll diese unbeschreibliche Not zu gegenrevolutionären Intrigen mißbraucht werden?

An alle mitfühlenden Menschen in Europa wenden sich die Führer des russischen Volkes. Aber niemanden geht die Not in Rußland mehr an, niemand wird bereitwilliger geben als die Arbeiter, ohne Unterschied der politischen Richtung. Die Einheit des Proletariats erweist sich als eine lebendige Kraft, sobald eine Katastrophe wie die Hungersnot die proletarische Solidarität weckruft, sobald Bluttaten, wie die Morde in Deutschland, die Gefahr der Reaktion und den Wahnsinn des Bruderkampfes grell beleuchten.

Die Hilfsaktion für Rußland muß zu einer machtvollen Kundgebung des ganzen Proletariats werden — eine Warnung an seine Feinde.

Mit selbstloserem Opfersinn als je müssen die Arbeiter die Sammlung der Gewerkschaften unterstützen, mit denen der Internationale Gewerkschaftsbund den bedrängten Genossen in Rußland und Georgien Hilfe bringen will. Kameraden! Bewahrt eure proletarische Treue. Bekämpft die Reaktion! Helft dem russischen Volk!

Vorsicht bei Arbeitsaufnahme im Ausland.

Von skandinavischen Gewerkschaftsführern ist beim Zusammentreffen mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Klage geführt worden, daß aus Deutschland zureisende Arbeiter sich vor der Annahme von Arbeit vielfach nur ungenügend oder gar nicht über die Arbeitsbedingungen in Skandinavien unterrichten und daher zu Bedingungen Stellungen antreten, die zum Teil weit hinter den tariflichen Festsetzungen der skandinavischen Arbeiter zurückbleiben. Die Folge ist eine wesentliche Schädigung der einheimischen Arbeiter, die weitere aber für die in Arbeit Tretenden, daß die skandinavischen Gewerkschaften die Mitgliedschaft solcher Ausländer ferner nicht mehr anerkennen wollen. Um solche Vorkommnisse zu verhüten, muß allen Arbeitern auf das dringendste geraten werden, keine Arbeit im Ausland anzunehmen, ohne sich vorher eingehend über die tariflichen Bedingungen erkundigt zu haben. Gegebenenfalls sind entsprechende Anfragen an den Verbandsvorstand zu richten.

Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß jetzt auch die deutsche Stadt Danzig für Reichsdeutsche Ausland ist. Aus Deutschland Zureisende können im Freistaat Danzig keine Arbeit finden, weil nach einer Verfügung des Danziger Demobilmachungsamtes in sämtlichen freistaatlichen Betrieben und Privatunternehmungen nur Danziger Staatsangehörige eingestellt werden dürfen. Es ist also zwecklos, zum Zwecke des Arbeitsuchens nach Danzig zu reisen. Überdies sei darauf hingewiesen, daß für Reisen nach Danzig durch den polnischen Korridor das polnische Paßvisum erforderlich ist. Dieses ist entbehrlich bei der Reise mit dem Dampfer.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 39. Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Meerane i. Sa. Die Pianofabrik Otto sucht in auswärtigen Zeitungen Arbeiter und macht den Kollegen Versprechungen, die sie später nicht hält. Die Kollegen, die sich vor Schaden bewahren wollen, werden ersucht, diese Inserate unbeachtet zu lassen.

Münstereifel. Zu dem Bericht über die Lohnbewegung in Münstereifel in Nummer 36 der „Holzarbeiter-Zeitung" erhalten wir von der dort erwähnten Firma Dubbel, Germanische Kunstmöbelfabrik, eine Zuschrift. Herr Jean Dubbel schreibt, daß in Münstereifel außer in seinem Betrieb nur zwei Bildhauer und kein Schreinergehilfe beschäftigt werden. Den letzten Schreinergehilfen, der bei einem Arbeitgeber eine Zulage von 1 Mk. nicht erhalten konnte, habe er eingestellt mit einer Lohnerhöhung von 2 Mk. Er habe bisher den höchsten Lohn in Münstereifel gezahlt; schon vor einem Jahre habe er 7 Mk gezahlt. Er habe Arbeiter, die schon seit 15 Jahren, solange das Geschäft besteht, bei ihm sind; andere, die vor dem Kriege dort arbeiteten, sind nach Kriegsende zurückgekehrt. — Wir geben von dieser Zuschrift Kenntnis und müssen es unserem Gewährsmann überlassen, sich dazu zu äußern.

Weimar. Am 28. August fand hier auf Anregung der Kollegen in Mühlhausen eine zwanglose Zusammenkunft der Bildhauer aus Thüringen statt. Erschienen waren Kollegen von Mühlhausen, Erfurt, Gotha, Themar-Zeulenroda. Man beschäftigte sich mit der allgemeinen Lage und unserer Stellung als Holzbildhauer-Heimarbeiter sowie mit der Lehrlingsfrage. Nur durch die Möglichkeit, daß unsere Kollegen eine Gauvertretung haben oder bei zentralen Verhandlungen mit zugegen sind, können die Interessen wirksam gewahrt werden. Der Abschluß des Landestarifs in Thüringen brachte z. B. auch den Schnitzern im Thüringer Wald einen Tarif und eine Lohnaufbesserung von 2,50 Mk. pro Stunde; wurden doch bisher nur 1,15 Mk. bis 2,50 Mk. Stundenlöhne gezahlt, in einer Gegend, wo von vererbter Heimarbeit gesprochen werden kann. In Orten, wo Akkordarbeit besteht, wurde empfohlen, für deren Abschaffung zu sorgen. Es kam dabei zum Ausdruck, daß darunter auch die Lehrlinge in ihrer Ausbildung zu leiden haben. Die Kollegen haben darauf zu achten, daß der Lehrling nur Gutes lernt, aber auch die nötigen Fähigkeiten dazu entwickelt, sonst wird es ein Schädling im Beruf, genau so wie die in der Hochkonjunktur gezüchteten Volontäre. In der Frage der Heimarbeit haben in den Geschäften die Betriebsräte die Kontrolle zu übernehmen. Heimarbeit wie auch Genossenschaftswesen wurden vom Referenten reichlich spezialisiert. Für Berufshebung kann gesorgt werden, wenn der Tischler ein Verständnis von Qualitätsarbeit bekommt. Aber auch die Kollegen müssen in Berufsfragen mehr Fühlung miteinander nehmen. Es wurde beschlossen, den Hauptvorstand zu ersuchen, alle Vierteljahre eine Adressentabelle der Sektionsleiter in der „Holzarbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen. Bei dem Thüringer Staatsministerium soll protestiert werden gegen das Vorhaben der Kunstschnitzschule in Dermbach, die ältere Personen aufnehmen will, welche die Holzschnitzerei nur im Nebenberuf betreiben wollen. Also der Heimarbeit soll Vorschub geleistet werden. Was noch den Bildhauerbund betraf, so sprach man sich auch hier gegen eine Arbeitsgemeinschaft aus.

Wurzen. In Nummer 35 der „Holzarbeiter-Zeitung" vom 3. September sucht der Korbmachermeister Kießling in Wurzen zehn Korbmacher auf Peddigrohrmöbel. (Das Inserat ist mit ausdrücklicher Zustimmung der Ortsverwaltung aufgenommen worden. Red.) Wir haben inzwischen feststellen müssen, daß die einzustellenden Kollegen dazu benutzt werden sollen, den im Betrieb beschäftigten Kollegen in den Rücken zu fallen. Herr Kießling will unter allen Umständen in seinem Betrieb Akkordarbeit einführen, obgleich keinerlei Vorbedingungen dafür gegeben sind. Natürlich will er auch keinerlei Lohngarantie übernehmen, noch sonst irgendwelche Lohnsicherungen gewährleisten. Wir ersuchen deshalb, die Arbeitsangebote des Herrn Kießling zurückzuweisen und sich bei der Ortsverwaltung erst über die Verhältnisse zu orientieren.

Unsere Lohnbewegung.

Der Reichsmantelvertrag.

Es wird einsam um Paeth! Der Führer der Berliner Tischlermeister ist ausgezogen, den Reichsmantelvertrag zu Fall zu bringen. Wie stolz war er auf seine Bundesgenossen, wie hat er sie herausgestrichen und ihnen eine Größe angedichtet, die nur in seiner lebhaften Phantasie bestand. Und nun muß er feststellen, daß seine vermeintlichen Bundesgenossen gar keine Neigung bekunden, zur höheren Ehre des Berliner Obermeisters ihre Haut zu Markte zu tragen. Die Arbeitgeberorganisationen kommen in steigender Zahl zu der Erkenntnis, daß der Reichsmantelvertrag eigentlich gar nichts so Fürchterliches enthält, und daß es für sie vorteilhafter ist, sich mit den Arbeitern zu verständigen, statt sich von Herrn Paeth an seinen Triumphwagen spannen zu lassen.

Der Kampf um den Reichsmantelvertrag ist im Grunde ein Kampf gegen Paeth. Diese Feststellung schmeichelt vielleicht seinem Selbstgefühl, wenn es ihm auch unangenehm

ist, sich so im Vordergrund des Kampfes zu sehen und das Ziel der Hiebe seiner Gegner zu sein. Aber die Dinge liegen nun einmal so. Er war es, der den Gedanken zur Schaffung eines engen Kartellverhältnisses der verschiedenen Arbeitgeberverbände zum Zweck des Abschlusses eines Reichsmantelvertrages am lebhaftesten propagierte. Der Gedanke fand Anklang bei seinen Kollegen, und die Verhandlungen über den Reichsmantelvertrag wurden aufgenommen. Dabei traten die Pläne des Berliner Obermeisters deutlicher in Erscheinung. Er wollte die Verhandlungen dirigieren und ihnen seinen Stempel aufdrücken. Dazu brachte er nichts mit als ein sehr stark entwickeltes Selbstgefühl. Auf Grund der Tatsache, daß er der Vertreter der Berliner Unternehmer ist, beanspruchte er die Führung. Die anderen Arbeitgeber erkannten aber bald die wahren Qualitäten des Berliner Obermeisters, und die Folge war, daß er in der Verhandlungskommission immer mehr isoliert wurde. Trotz der Hindernisse, die er ihm fortgesetzt in den Weg legte, kam der Reichsmantelvertrag zustande, und nun glaubte Herr Paeth die Stunde gekommen, wo er Rache nehmen konnte an den Arbeitgebern, die seine überragende Größe nicht anerkennen wollten. Er wollte den Beweis liefern, daß er stark genug sei, das ganze Vertragswerk über den Haufen zu werfen.

Das ist der Schlüssel zum Verständnis der Stellung des Herrn Paeth. An die Einwände, die er gegen den Reichsmantelvertrag erhebt, glaubt er selbst nicht; er traute sich aber zu, daß sein Pathos ausreichen würde, den anderen Arbeitgebern den Glauben an die Unbrauchbarkeit des Vertragswerks zu suggerieren. Bei seinem Berliner Anhang hatte er einigen Erfolg. Wo aber der Reichsmantelvertrag von den Arbeitgebern gründlich geprüft wurde, da erkannte man, daß es im Grunde nur Wind war, was ihnen der geschäftige Berliner Obermeister vorgemacht hatte. Diese Erkenntnis verbreitete sich im Reich und auch in Berlin, und so wurde es immer einsamer um Paeth.

Jetzt, wo er zu erkennen beginnt, daß ihm die Felle fortschwimmen, schlägt er wild um sich. Auf offenem Markt balgt er sich mit dem Arbeitgeber-Schutzverband, der ihm sein Rechenexempel über die ablehnenden und annehmenden Arbeitgeberverbände ein wenig korrigiert hat. Dem Sekretär des Schutzverbandes, gegen den er aus diesem Grunde anrennt, rechnet er es als besondere Sünde an, daß er früher Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes war. Aber, Herr Paeth, wer wird denn so unvorsichtig sein! Gibt es doch unter Ihren eigenen Anhängern eine ganze Anzahl, die mit dem gleichen Makel behaftet sind. Kurz nach der Revolution will Herr Paeth in der Presse gelesen haben, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband 450 000 Mitglieder habe, und in den Verhandlungen über den Reichsmantelvertrag habe ein Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, als er über die Verteilung der Verbandsmitglieder auf die einzelnen Berufe sprach, erklärt, daß in den Tischlereibetrieben 250 000 bis 280 000 Arbeiter beschäftigt wären. Diese Zahlen habe sich Herr Paeth gleich notiert. Daß er sich das notiert hat, wollen wir nicht bestreiten, er hat sich dann eben etwas notiert, was nicht gesagt wurde, und was er gelesen zu haben glaubt, ist nicht wahr. Wir wiederholen, daß über diese Fragen positive Angaben in den offiziellen Veröffentlichungen unseres Verbandes zu finden sind. Fährt Herr Paeth schon bei Daten, für die ihm die richtigen Unterlagen erreichbar sind, so mit der Stange im Nebel herum, dann kann man daraus Schlüsse ziehen auf den Wert derjenigen seiner Behauptungen, für die er sich die Unterlagen weniger leicht verschaffen kann.

Um die Innungen gegen den Reichsmantelvertrag ins Feld zu schicken, soll die Gründung des Reichsverbandes des deutschen Tischlerhandwerks forciert werden. Aber noch ehe diese Gründung unter Dach ist, ist dieser Zweck, dem sie dienen sollte, illusorisch. Dem Bunde deutscher Tischlerinnungen gehören meist norddeutsche Innungen an, für deren Mitglieder der Reichsmantelvertrag fast durchgängig anerkannt ist. Zum Teil ist die Anerkennung von den örtlichen Innungen ausdrücklich ausgesprochen, und wo das nicht geschehen ist, sind die Innungen oder ihre einzelnen Mitglieder zugleich einem Arbeitgeberverband angeschlossen, der den Vertrag anerkannt hat. Die Geltung des Reichsmantelvertrages wird auch in diesen Fällen gar nicht bestritten. Auch die süddeutschen Schreinermeisterverbände sind nun für den Reichsmantelvertrag gewonnen. Von dem Schreinermeisterverband für Württemberg und Hohenzollern haben wir das bereits in der vorigen Nummer melden können. Dem dort abgeschlossenen Vertrage ist auch der Schreinermeisterverband für Baden beigetreten. Nun ist auch der Landesverband der bayerischen Schreinermeister dem Beispiel gefolgt. Am 17. September wurde in Nürnberg eine Vereinbarung abgeschlossen, durch welche dieser Verband den Reichsmantelvertrag anerkennt. Schon vorher hatten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe, Sitz Rosenheim, zu dem gleichen Ergebnis geführt. Dieser Verband umfaßt die Arbeitgeber in Mühldorf, Au, Brannenburg, Kolbermoor und Rosenheim. Damit ist der Reichsmantelvertrag in ganz Bayern durchgeführt. Auch im Bezirk Gießen, wo sich die Schreinermeister bisher noch sperrten, macht die Durchführung des Reichsmantelvertrages Fortschritte. So wird uns gemeldet, daß die Vereinigten Limburger Schreinermeister den Reichsmantelvertrag und den Landestarif anerkannt hätten; das gleiche trifft auch für Diez zu, und in anderen Orten stehen die Verhandlungen vor ihrem Abschluß.

Die Verhandlungen mit dem Verband holzverarbeitender Industrie- und Gewerbebetriebe der Rheinpfalz, über die wir bereits berichtet haben, sind inzwischen auch zu Ende geführt worden. Am 16. September wurde in Neustadt a. d. Haardt ein Landestarifvertrag für die Rheinpfalz abgeschlossen. Es sind drei Lohnklassen gebildet; zur ersten Klasse gehört nur Frankenthal. Die Durchschnittslöhne für die über [illegible] Jahre alten Facharbeiter betragen in den drei Ortsklassen [illegible] 6,80 Mk. und 6,35 Mk. Diese Durchschnittslöhne erhöhen sich für ständig in Zeitlohn Arbeitende in Frankenthal und Zweibrücken um 40 Pf., in den übrigen Orten um 20 Pf. pro Stunde. Das Lohnabkommen gilt bis 15. Oktober und ist von da an mit vierwöchiger Frist kündbar.

Mit diesen Abschlüssen, wozu noch solche mit einzelnen örtlichen Innungen kommen, so z. B. in Merseburg, wo die Tischlerinnung den Reichsmantelvertrag ausdrücklich anerkannt hat, [illegible] Bewegung zur Durchführung des Reichsmantelvertrages ihrem Ende wieder ein gut Stück nähergekommen. Es stehen eigentlich nur noch Ostpreußen und Pommern offen, wo die Kämpfe weitergeführt werden, und vor allem Berlin. Auch hier schmilzt der Paethsche Anhang fortgesetzt zusammen. Etwa 540 Arbeitgeber mit rund 5300 Arbeitern haben den Reichsmantelvertrag und das Lohnabkommen anerkannt; in diesen Betrieben wird also gearbeitet. Dagegen befinden sich etwa 8200 Kollegen in rund 580 Betrieben im Streik. In den letzten Tagen hat das Reichsarbeitsministerium den Parteien seine Vermittlung angeboten. Unsere Kollegen haben natürlich ihre Bereitwilligkeit erklärt, in Verhandlungen einzutreten, dagegen haben die Unternehmer den Verzicht auf den Reichsmantelvertrag als Vorbedingung bezeichnet; sie haben also Verhandlungen abgelehnt. Sie wollen den Kampf verschärfen. Nach den Erfahrungen mit der „Aussperrung" kann diese Drohung nicht schrecken. Der Kampf wird weitergeführt, und der Beschluß der arbeitenden Kollegen, einen wöchentlichen Extrabeitrag von 10 Mk. zu zahlen, trägt dazu bei, die Widerstandskraft der Streikenden zu stärken.

Das Lohnabkommen mit den Zigarrenkistenfabrikanten in Bünde, Herford, Minden und Stadthagen ist am 15. September erneuert worden. Es werden Zulagen gewährt, die für Arbeiter über 22 Jahre 1,10 Mk., für solche von 20 bis 22 Jahren 1 Mk. und herab bis 60 Pf. für Arbeiter von 14 bis 15 Jahren betragen; für die Arbeiterinnen betragen die Zulagen 60 bis 70 Pf. Die Tariflöhne betragen nunmehr für Arbeiter über 22 Jahre 5,85 Mk., für Arbeiterinnen über 21 Jahre 3,60 Mk. Das Abkommen gilt bis 15. Oktober, und ist von da an mit vierzehntägiger Frist kündbar.

In Venneckenstehen die Kollegen seit dem 14. September im Streik. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 30 Prozent. In den Verhandlungen boten die Unternehmer nur 10 Prozent, was als unzureichend abgelehnt werden mußte.

In Eisleben hatten die Korbmacher eine Lohnerhöhung gefordert. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern wurde eine Zulage von 40 Prozent auf Bügelkörbe und 20 Prozent auf alle anderen Arbeiten vereinbart. Ferner kam man überein, eine bezirkliche Lohnregelung in Angriff zu nehmen. Zu diesem Zweck fand am 11. September in Halle eine Konferenz statt, an der Arbeiter und Unternehmer aus Bernburg, Dresden, Düben, Eilenburg, Eisleben, Fürstenberg, Halle-Wettin und Zeitz vertreten waren. Die Notwendigkeit einer bezirklichen Lohnregelung wurde allseitig anerkannt. Von den Arbeitern wurde für die Korbmöbelbranche ein Durchschnittsstundenlohn von 6,50 Mk., für die Reise- und Wäschekorbbranche ein solcher von 6 Mk. verlangt. Diese Löhne waren den Unternehmern zu hoch. Schließlich einigte man sich auf 6,25 und 5,75 Mk. Durchschnittsstundenlohn. Diese Löhne sind auch die Grundlage für die Akkordlöhne. In allen Orten sollen sofort Tarife vereinbart werden, die dann zu einem Bezirkstarif ausgebaut werden sollen. Die erhöhten Löhne werden rückwirkend vom 9. September gezahlt.

In Fredersdorf (Ostbahn) befinden sich die Kollegen seit dem 31. August im Streik. Es wird um Fernhaltung des Zuzuges gebeten.

In Fürstenwalde a. d. Spree sind die Kollegen zur Durchführung des Reichsmantelvertrages und einer den gegenwärtigen Teurungsverhältnissen entsprechenden Lohnerhöhung am 12. September in den Streik getreten. Zuzug ist streng fernzuhalten.

In Göttingen ist der Streik nach mehr als fünfwöchiger Dauer erfolgreich beendet. Da aber noch nicht alle Kollegen wieder eingestellt sind, ist der Zuzug vorerst noch fernzuhalten.

In München ist der Streik der Steinbildhauer mit vollem Erfolg beendet. Die Verhandlungen fanden auf Ansuchen der Unternehmer statt. Der Ortstarif enthält eine Erhöhung der Werkzeugentschädigung und eine Neuregelung des Urlaubs. Die Löhne der Steinbildhauer müssen jeweils 20 Prozent höher sein als der Lohn der Steinmetzen. Auf Grund dieser Vereinbarung betragen die Löhne der Steinbildhauer täglich 75 Mk. Gefordert war ursprünglich eine Erhöhung von 45 auf 60 Mk.

In Neuhausen (Bez. Dresden) fordern die Stuhlarbeiter die Anerkennung des Reichsmantelvertrages und die Löhne der 3. Klasse des sächsischen Landesvertrages. In Neuhausen selbst ist es nach längeren Verhandlungen zu einer vorläufigen Verständigung über die Lohnfrage gekommen. Die Verhandlungen über den Reichsmantelvertrag werden fortgesetzt. — In Dorschemnitz lehnen die Unternehmer die Forderungen ab, sie wollen auch nicht mit der Organisation verhandeln. Die Kollegen waren deshalb gezwungen, die Arbeit einzustellen. Zuzug ist fernzuhalten.

In Minteln a. d. Weser sind die Kollegen des Dampfsägewerks von H. Orlamünder am 9. September in den Streik getreten. Die Unternehmer lehnen es ab, die Vertragslöhne zu zahlen. Zuzug ist fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Lehrlingszüchterei.

Zu den Unternehmern, die sich gegen die Annahme des Reichsmantelvertrages sträuben, weil sie nicht zugeben wollen, daß unter Mitwirkung unseres Verbandes eine Lehrlingsordnung geschaffen wird, gehören auch die Tischlermeister in Fürstenwalde a. d. Spree. Diese Kraxter haben aber auch allen Grund, sich dagegen zu wehren, daß in ihren Lehrlingsbetrieb hineingeleuchtet wird. In den Betrieben, die Lehrlinge halten (von Ausbilden kann man in diesem Fall nicht gut sprechen), werden neben 27 Gesellen 56 Lehrlinge beschäftigt. Der Obermeister geht mit gutem Beispiel voran. Seine Produktion erstreckt sich auf die Herstellung von Särgen und das Flicken zerbrochener Stühle. Gesellen beschäftigt der Mann nicht, aber sechs Lehrlinge. Damit dieses „Lehrverhältnis" auch recht gewinnbringend ist, erhalten die Lehrlinge zwar keinen Pfennig Kostgeld, dafür dürfen sie aber täglich zehn Stunden arbeiten. In einer solchen Bude beträgt die Lehrzeit vier Jahre, und die Zeit des Besuches der Fortbildungsschule müssen die Ausbeutungsobjekte noch nacharbeiten. Es gibt aber auch einen Betrieb, in dem die Lehrlinge 10½ Stunden arbeiten müssen. Eine Witwe hat keinen Gesellen, aber drei Lehrlinge. Sonntagsarbeit ist so ziemlich in allen Lehrlingsbetrieben üblich. Nur in einem Betrieb, in dem neben neun Gesellen acht Lehrlinge beschäftigt werden, gilt auch für diese die gesetzliche Arbeitszeit.

Was sagt denn die Aufsichtsbehörde, was sagt die zuständige Handwerkskammer zu solcher Schweinerei? Die Regelung des Lehrlingswesens bezeichnen diese Herrschaften als ein Reservat der Innungskraxter und ihrer Handwerkerorganisationen. Handwerkskammern und Innungen, die die Regelung des Lehrlingswesens so auffassen wie die Tischlermeister in Fürstenwalde, haben das Recht verwirkt, in dieser Frage mitzureden. Man komme uns nur nicht mit dem Einwand, daß das eine Ausnahme wäre. Die Zustände in Fürstenwalde sind typisch für die Regelung des Lehrlingswesens in recht vielen Orten. Wem es Ernst mit der Sorge für den Nachwuchs im Gewerbe ist, der muß es begrüßen, daß nunmehr unter Mitwirkung unserer Organisation eine Lehrlingsordnung ausgearbeitet wird. Unser Verband wird mit aller Energie darauf dringen, daß Mißstände, wie die angedeuteten, so schnell wie möglich verschwinden.

Verschmelzung der Arbeitgeberverbände im Korbmachergewerbe.

Der Verband selbständiger Korbmacher und Korbfabrikanten Deutschlands, Sitz Berlin, und der Verband deutscher Korbwarenhersteller, Sitz Koburg, haben am 1. September in Leipzig einen gemeinsamen Verbandstag abgehalten, auf welchem die Verschmelzung der beiden Verbände beschlossen wurde. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die Satzungen für den Einheitsverband ausarbeiten soll, die dann einem demnächst abzuhaltenden Verbandstag zur Bestätigung vorgelegt werden.

Gewerkschaftliches.

Der Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die vom 12. bis 18. September in Jena abgehalten wurde, hat in außerordentlichem Maße die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Nicht nur deshalb, weil der Metallarbeiter-Verband mit seinen 1½ Millionen Mitgliedern die weitaus größte Gewerkschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt ist; es lagen auch sonst Momente vor, die es begreiflich machen, daß man den Entscheidungen dieses Arbeiterparlaments mit einiger Spannung entgegensah.

Auf der im Oktober 1919 in Stuttgart abgehaltenen Generalversammlung hatte die bisherige Opposition einen vollen Sieg erfochten. An die Stelle des langjährigen Verbandsvorsitzenden Schlicke trat Dißmann, der Führer der Opposition, und die Zusammensetzung der gesamten Verbandsleitung erfuhr eine gründliche Änderung. Aber nicht nur ein Personenwechsel trat ein; es wurden Beschlüsse gefaßt, die eine scharfe Abkehr von den seitherigen gewerkschaftlichen Methoden bedeuteten. Damals schrieb die „Leipziger Volkszeitung" von dem Verbandstag, daß er ein Wendepunkt im deutschen Gewerkschaftsleben sei. „Die größte Gewerkschaft, die die ausschlaggebende Eisenindustrie beherrscht, hat mit fast Zweidrittelmehrheit der Generalkommissionspolitik der Gewerkschaftsinstanzen ihr Mißtrauen ausgesprochen und darüber hinaus Beschlüsse gefaßt, die neue Wege für die Gewerkschaftsbewegung anbahnen." Dieses Urteil war nach dem Ergebnis des Verbandstages durchaus berechtigt.

Auf der Generalversammlung in Jena hätte Rechenschaft abgelegt werden sollen von den Erfolgen, die auf den neuen Wegen erzielt wurden. Es zeigte sich aber, daß die neue Leitung des Metallarbeiter-Verbandes keineswegs neue Wege eingeschlagen, sondern daß sie ihre Tätigkeit durchaus im Rahmen der seitherigen Gewerkschaftspolitik ausgeübt hat. Das ist kein Vorwurf gegen die Verbandsleitung. Man wird ihr zugestehen dürfen, daß es ihr mit den Klagen und Forderungen, die sie in ihrer früheren Stellung als Opposition erhoben hat, durchaus ernst war, und daß sie den guten Willen hatte, der Gewerkschaftspolitik neue Bahnen zu weisen. Sie hat aber die gleichen Erfahrungen gemacht, die andere früher gemacht haben und die auch in der Zukunft noch öfters gemacht werden wird, nämlich, daß die Dinge ein ganz anderes Aussehen haben, je nachdem, ob man sie als verantwortlicher Leiter einer großen Organisation oder als nicht mit Verantwortung beschwerte Opposition betrachtet.

Daß die mit überwältigender Mehrheit von der Stuttgarter Generalversammlung gewählte Leitung des Metallarbeiter-Verbandes sich in den Bahnen der herkömmlichen Gewerkschaftspolitik bewegt hat, ist das beste Zeugnis für die Richtigkeit dieser Politik. Diese Gewerkschaftspolitik ist nicht etwas unveränderlich Starres. Sie muß sich, und das ist das Wesen jeder Politik, den gegebenen Verhältnissen anpassen, dabei aber immer bestrebt sein, diese zu meistern. Solange die Gewerkschaften schwach und klein waren, mußten sie sich darauf beschränken, Lohnpolitik im engsten Sinne des Wortes zu treiben, ohne auch auf diesem begrenzten Gebiet überwältigende Erfolge zu erzielen. Das riesige Wachstum der Gewerkschaften bewirkte auch bei ihnen, daß die Quantität in die Qualität umschlug. Sie sind jetzt ein sehr wichtiger politischer Faktor geworden. Ihr Einfluß ist stark gestiegen, und damit hat auch ihr Tätigkeitsgebiet eine bedeutende Erweiterung erfahren. Von der Gewerkschaftsleitung muß man verlangen, daß sie dieser Entwicklung in vollem Umfang Rechnung trägt. Sie muß alle Möglichkeiten ausnutzen, aber sie darf ihren Blick nicht vor den realen Verhältnissen verschließen. Der Oppositionsmann kann sich darauf beschränken, nur das Ziel ins Auge zu fassen; er kann, je nach Anlage und Neigung, mit mehr oder weniger Temperament auf die Leitung schelten, weil ihm die Erreichung dieses Zieles zu lange dauert. Die Leitung sieht die Hindernisse, die auf dem Wege zum Ziele zu überwinden sind; sie muß die gegenseitigen Kräfte abwägen und wird, je nachdem, in dem einen Fall einen Sturmangriff wagen, in dem anderen Fall durch vorsichtiges Lavieren die Klippen zu umschiffen trachten. Das ist die herkömmliche Gewerkschaftspolitik, und ihr hat sich die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes durchaus angepaßt.

Damit hat sie die Entrüstung eines Teiles ihrer früheren Gefolgsleute hervorgerufen. Diese waren enttäuscht, daß die Führer den radikalen Worten, die sie in der Opposition gebraucht hatten, nicht die radikalen Taten folgen ließen, als sie in den Besitz der Macht gekommen waren. Dißmann, den man als den Repräsentanten der neuen Leitung bezeichnen

kann, hatte fast während seiner ganzen Amtszeit mit einer Opposition zu rechnen, die an Schärfe der nicht nachstand, die er früher geführt hat. Aber auf dem Wege von Stuttgart bis Jena haben sich die äußeren Verhältnisse wesentlich geändert.

Die Gewerkschaften sind politisiert, und das trifft in hervorragendem Maße auf den Metallarbeiter-Verband zu. Die Tätigkeit der Verbandsleitung wurde nicht unter gewerkschaftlichem Gesichtspunkt geprüft, sondern die Parteistellung wurde in hohem Maße für das Urteil bestimmend. Zur Zeit der Stuttgarter Generalversammlung befand sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung. In ihr spielten noch die Elemente, die später zur Kommunistischen Partei übergingen, eine große Rolle. Ihre revolutionäre Phraseologie übte starken Einfluß auf die Massen aus, die den Gewerkschaften zugeströmt waren, denen aber die Schulung der Arbeiterbewegung noch abging. Von dieser Phraseologie ließen sich auch manche anstecken, die die Hohlheit der geschwollenen Redensarten wohl erkannten, es aber für zweckmäßig hielten, mit dem Strom zu schwimmen. Hier und da mag wohl dabei der Gedanke mitgespielt haben, daß man nur auf diese Art hoffen könne, den wilden Strom in das richtige Bett zu leiten.

Unter dieser Situation erfolgten die Wahlen zur Stuttgarter Generalversammlung, die den Unabhängigen eine starke Mehrheit brachten. Seither hat sich die politische Lage geändert. Die Unabhängige Partei hat sich gespalten. Die Anhänger der radikalen Phrase gingen zur Kommunistischen Partei, die völlig nach Moskau orientiert ist. Von diesem Ballast befreit, näherte sich die Unabhängige Partei wieder den alten demokratischen Grundsätzen. Damit verminderten sich die Gegensätze zwischen ihr und der Sozialdemokratischen Partei. Diese hat auch die Zahl ihrer Anhänger wieder stark vermehrt. Die Wahlen zur Jenaer Generalversammlung vollzogen sich wiederum völlig unter politischen Gesichtspunkten. In den meisten Wahlkreisen gingen Sozialdemokraten und Unabhängige gemeinsam vor, und das Ergebnis war eine sichere Mehrheit der Sozialdemokraten, die auf der Generalversammlung über 412 Delegierte verfügten, gegen 254 Delegierte der Unabhängigen und 114 der Kommunisten.

Bei den Verhandlungen der Generalversammlung standen sich die drei politischen Fraktionen gegenüber. Die Fraktionen stellten Anträge und bestimmten die Redner. Zum Bericht des Vorstands hatte jede der drei Fraktionen eine Resolution eingebracht. Später verständigten sich die SPD. und USPD. über eine gemeinsame Resolution, die mit großer Mehrheit angenommen wurde. Über die Zusammensetzung des Vorstandes hatten sich auch die beiden Fraktionen verständigt. Die SPD. erhielt von den besoldeten und den unbesoldeten Vorstandsmitgliedern je 6, die USPD. je 5. Die seitherigen drei Vorsitzenden, Dißmann, Reichel und Brandes, wurden wiedergewählt, und dazu als vierter Vorsitzender Eggert. Damit ist die Parität der beiden Parteien unter den Vorsitzenden hergestellt. Das vereinbarte Stärkeverhältnis im Gesamtvorstand wurde durch die Zuwahl zweier zur SPD. gehöriger Sekretäre erzielt. Ebenso wurden je ein Mitglied der SPD. und der USPD. zu Vorsitzenden des Ausschusses und zu Redakteuren der Metallarbeiter-Zeitung gewählt. Hier wurde an Stelle von Ufermann, der nach dem Austritt des von der Stuttgarter Generalversammlung gewählten Richard Müller berufen worden war, der SPD.-Mann Fritz Kummer (Offenbach) gewählt; der Redakteur Haase wurde wiedergewählt.

Wegen Teilnahme an einer von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale einberufenen Reichskonferenz waren einige Mitglieder ausgeschlossen worden; die Generalversammlung hat diesen Ausschluß mit 525 gegen 209 Stimmen bestätigt.

Erwähnenswert ist, daß ein Antrag, die künftigen Generalversammlungen nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen, abgelehnt wurde. Wir finden diesen Beschluß erfreulich. Bei politischen Wahlen ist das Verhältniswahlsystem der beste Ausdruck des Willens der Wähler. Aber die Wahlen zu den Generalversammlungen der Gewerkschaften sollten nicht nach politischen Gesichtspunkten erfolgen. Es ist eine unerfreuliche Erscheinung im Gewerkschaftsleben, daß bei den Wahlen die politische Parteizugehörigkeit eine so große Rolle spielt. Bei den Metallarbeitern ist dieses System besonders kraß in Erscheinung getreten. Bei den Gegensätzen in der Arbeiterschaft, die durch die Parteizersplitterung hervorgerufen wurden, ist es erklärlich, daß sich die Arbeiter um ihr politisches Banner auch bei solchen Gelegenheiten scharen, wo eine Trennung unter politischen Gesichtspunkten ganz unangebracht ist. Das ist eine Zeitkrankheit, die überwunden werden wird. Unklug wäre es aber, diesen Zustand durch Festlegung im Verbandsstatut für absehbare Zeit aufrechtzuerhalten. Zu begrüßen wäre es, wenn die sich anbahnende Verschmelzung der sozialdemokratischen Parteien so beschleunigt würde, daß schon damit das Bedürfnis nach Einführung der Verhältniswahl für die Delegierten zu gewerkschaftlichen Verbandstagen beseitigt wird.

Gestorbene Mitglieder:
Geringswalde. Karl Graeser, Holzbildhauer, 54 J.
Katzhütte. Albin Heinze, Holzarbeiter, 19 J.
Saarau. Herm. Heinrich, Tischler, 38 J.
Weimar. Arno Cristner, Hilfsarbeiter, 35 J.
Ehre ihrem Andenken!

2 tüchtige **Modellschreiner** stellt sofort ein B. Zander, Modellfabrik, Ahlen, Westf., Nordenmauer 33.

Modelltischler, Spezialist für Armaturen, sofort gesucht. Ausführl. Angebote mit Zeugnissen u. Lohnansprüchen an Apparatebaugesellschaft, GmbH., Baden-Oos

2 bis 3 tüchtige **Modellschreiner,** welche an flottes, sauberes Arbeiten gewöhnt sind, bei gutem Lohn für dauernd sofort gesucht. Eisen- u. Stahlwerk Werner, Dülken (Rhld.).

Tischler auf eichene Möbel stelle ein. Kost und Logis im Hause. Ernst Bellin, Schönhausen an der Elbe.

1 tüchtiger **Tischler** zur Unterstützung des Meisters, welcher auch eine kombinierte Maschine bedienen kann, und 1 tücht. Möbeltischler auf nur gute furn. Arbeiten gesucht. Erich Boche, Baruth (Mark).

Tüchtiger **Tischler** für Bau und Möbel sofort gesucht. Derselbe muß auch mit Holzbearbeitungsmaschinen vertraut sein. Joh. Will, Baugeschäft, Dampfsäge- und Hobelwerk, Pr.-Friedland, Westpr.

Erfahrener Bau- und Möbeltischler, sauberer Arbeiter, sofort gesucht. Wilhelm Rasch, Bau- und Möbeltischlerei mit Kraftbetrieb, Hoyerswerda.

Tücht. Möbeltischler auf bessere eichene Schlaf- u. Speisezimmer zu Tariflohnen sofort für dauernde Beschäftigung gesucht. Vogtländische Möbel-Industrie, G.m.b.H., Plauen, Betrieb Trenen.

Tischler, 35 J., zuverlässig und vorwärtsstrebend, sucht Reise oder ähnlichen Posten, Mitteldeutschland bevorzugt. Offerten unter „A. B. 568" an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Ledigen **Tischler** auf weiße Möbel sucht Rodaer Holzwarenfabrik, Roda, S.-A.

Mehrere tüchtige **Bauschreiner** für dauernd ges. Gebr. Steikens, mech. Schreinerei, Geldern (Rheinprovinz).

Tücht. Bank- u. Maschinenschreiner, mögl. über 25 J. u. mögl. ledig, auf furn. Schlafzimmer stellen ständig ein Julius Schlegel & Co., Möbelfabrik u. Dampfsägewerk, Dürmentingen, O.-A. Riedlingen (Württemberg).

1 Tischler als Vorarbeiter und Zureißer für den Maschinenraum, 1 Tischler als Fertigmacher für Herren- u. Speisezimmer, Gläser, Beschläge usw. anbringen. Niedersächs. Möbelfabrik, Münder (Deister).

Zwei tüchtige **Gestelltischler** für bessere Klappgestelle sucht für dauernde Beschäftigung Vereinigte Holzwarenfabrik, GmbH., Schötmar i. Lippe.

Tüchtige **Stuhlbauer** oder Tischler und Maschinentischler auf bessere Eichenstühle u. Sitzmöbel sof. ges. Möbelfabrik, GmbH., Nordhastedt i. Holst.

Tüchtige **Stuhlbauer** (hauptsächlich gesch weifte Sachen), und einige **1 bis 2 Fertigmacher u. Fertigpolierer,** ferner **1 Zeichner** finden sof. Stellung (wegen Wohnungsmangels Zulage bevorzugt) bei M. Rentlinger & Co., Möbelfabrik, Karlsruhe am Bettbahnh.

2 bis 3 Stuhlbauer u. 1 Vorarbeiter gesucht. Derselbe muß mit der Fabrikation besserer Stühle und Polstergestelle durchaus vertraut und an sämtl. Maschinen bewandert sein. Sitzmöbelfabrik Theodor Hestermann, Köln am Rhein, Vor den Siebenburgen 34.

Tüchtige **Stuhlmacher** auf eichene Stühle sof. ges. Wilh. Weber, Sitzmöbelfb., Hamburg 5, Beim Strohhause 45.

Für sofort ein äußerst tücht. **Stuhlbauer** auf nur bessere Sitzmöbel, welcher nach Zeichnung arbeiten kann, für dauernde Beschäft. ges. H. Huntemann, Sitzmöbelfabrik, Bremen.

Tüchtigen **Zuschneider** sowie einige tücht. Tischler auf bessere Herren- und Speisezimmer stellt sofort ein Möbelfabrik Breustedt, Bad Harzburg.

Zum sofortigen Eintritt
2 Mann für Pendel- u. Kreissäge ges. Schreiner bevorzugt. Peter Kaiser, Sägewerk u. Bauschreinerei, Plettenberg i. Westf.

Ein perfekter **Fräser** gesucht. A. Lickroth & Cie., Schulbankfabrik, Frankenthal in der Rheinpfalz.

Tüchtige **Tischler und Polierer** zum sofortigen Antritt für dauernde Beschäftigung gesucht. Pfitzner & Maetschke, Möbelf., Haynau, Schles.

Mehrere ledige, durchaus perfekte **Schreiner und Fertigpolierer** per sofort gesucht. Solche, die schon in Pianofortefabriken tätig waren, werden bevorzugt. Wilh. Arnold, „Bülow"-Pianofortefabrik, Aschaffenburg (Bay.).

Polierer stellt ein Harmoniumfabrik Werdau in Sachsen.

Jüng. **Drechsler** auf Küchengeräte sof. ges. Wilh. Mellwitz, Drechslermeister, Bad Schmiedeberg, Bezirk Halle.

2 tüchtige **Drechslergesellen** auf Möbelarbeit, welche firm im Polieren sind, für sof. gesucht. Drechslerei Georg Gömmel, Koburg.

Drechsler, gesucht für einfache Binsenstühle, der event. auch solche zu bauen versteht. Außerdem einen Stuhlbauer für einfache Stühle. Tariflohn. Mech. Möbeltischlerei, J. A. Hoffmann, Aurich, Ostfriesland.

Jung. led. Drechsler sucht sof. Stellung. Ang. an Wilh. Terno, Coswig (Anh.), Hubertusstr. 28.

Spezialist für Füllhalter gesucht. Derselbe muß jahrelang auf Füllhalter gearbeitet haben, denselben in allen seinen Teilen genau kennen und selbständig herstellen können. Offerten von gewissenhaften, tüchtigen Facharbeitern an „Symys", Füllhalterwerk, München, Heßstraße 92.

2 Drechsler, bewandert in der Stockfabrikation für mittlere u. feinste Artikel, stellt sofort ein Reinhard Jahn, Stockfabrik, Bad Suderode (Osthartz).

Stockdrechsler, tüchtiger Façonneur, für dauernde Beschäftigung sofort oder später gesucht. Starke & Weinrebe, Stockfabrik, Dresden, Industriestraße 23.

Perfekte **Galalithknopfdreher** per sofort gesucht. Brüninghaus & Co., Lüdenscheid.

1 tüchtiger **Rahmenschreiner,** gel. Möbelschreiner, u. 1 Vergolder auf franz. Barockrahmen gesucht. Josef Thomas, Vergolderei und Kunsthandlung, Mannheim, M 4, 1.

Geübte **Farbigmacher** für Bilderrahmenleisten finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Kunstanstalt B. Grosz, Aktiengesellschaft, Leipzig-Reudnitz, Obere Münsterstraße.

Tüchtige, selbst. arbeitende **Lackierer,** perfekt im Luxuswagen- und Karosseriebau, bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn werden eingestellt. Karosseriewerk Zander, Döbeln in Sachsen.

Ein tüchtiger **Stellmacher,** mit sämtlichen Stellmacherarbeiten vertraut, als Werkführer gesucht. Auch ein junger Stellmacher sofort bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Kost u. Logis im Hause. Verheiratete außer Verpflegung. B. Scheibe, Stellmacherei u. Wagenbau, Schöngleina bei Roda, Sachs.-Altbg.

Tüchtige **Kastenmacher u. Kastenhelfer** bei hohen Akkordlöhnen zu sofort gesucht. Cramer & Mönnig, Hameln a. d. Weser.

Tüchtige, selbständig arbeitende **Kastenmacher,** perfekt im Karosseriebau, bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn werden eingestellt. Karosseriewerk Zander, Döbeln in Sachsen.

10 bis 15 **Korbmacher** sofort auf grüne Mattarbeit ges. Korbindustrie, Meier, Eystrup a. d. Weser.

2 Korbmacher auf Weidenmöbel sucht für sofort M. Forkel, Güstrow in Mecklenburg.

Tüchtige Korbmacher auf Weiden- und Rohrmöbel stellen ein Korbmöbelfabrik Bohnsack & Co., Barmen.

Korbmacher, perfekte, auf moderne Rohr- und Weidenmöbel verlangt Johann Lorenz, Berlin-Schöneberg, Merseburger Straße 3.

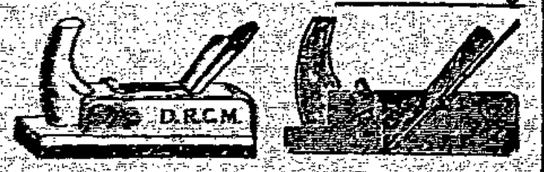
Korbmacher auf Gestell und Geschlagen sucht Friedr. Nowak, Osterburg, Altmark.

1 Korbmachergehilfe auf Rohrarbeit gesucht. H. Gröning, Stockelsdorf bei Lübeck.

2 Korbmacher, perfekt auf Gestell und Peddigrohrmöbel, werden bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung noch eingestellt. Werkstatt für moderne Korbmöbel, B. Erpkamp, Troisdorf bei Köln.

Tüchtigen **Werkführer,** mögl. unverheiratet, für Ring- u. Kluppenpinsel sucht Arthur Hillscher, Frankenberg, Sa.

Wegen Betriebsvergrößerung stellen wir noch mehrere tüchtige **Bürstenholzbohrer** auf Akkord oder Lohn ein. Itzehoer Bürstenhölzerfabrik A. Corbelin & Reimers, Itzehoe b. Hamburg.

Der beste Putzhobel mit stets kleiner Maulöffnung.


48 Mk., mit echter Pockholzsohle 63 Mk. franko Nachnahme. Gebrauchsfertig. Garantie. Sämtl. Tischlerwerkzeuge. Katalog m. Preisen gratis.
Werkzeugfabrik M. Hiessinger in Nürnberg.

Modell-Dübel, Schlangenbohrer, Holzschrauben, Eisen- und Messingschrauben, Muttern usw. liefert ganz besonders billig Georg Keller, Frankfurt a. M.-Eschersheim.

Tischlerschule Blankenburg (Harz)
Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner — Meisterprüfung
Programm frei. Dir. REINEKING.

Lehrwerkstätte
Holzschnitzschule Warmbrunn
Fachschule f. Holzbildhauer, Tischler u. Möbelzeichner
Werkstattbetrieb
Vervollkommnung v. Gehilfen · Ausbild. v. Lehrlingen (Gehilfenprüf. i. d. Anstalt) · Wohnräume, Anstaltsküche
Vergütung bei Erledig. besond. Werkstättenarbeit.
Direktor: Professor Hüllweck

Fachschule Cöthen · Abt. Stellmacher
Am 1. jedes Monats beginnt ein neuer Kursus f. Techniker, Meister, Werkmeister, Kastenmacher. — Prospekt frei.

Die Neuauflage des Fachbuches
„Der chemisch-technische Prozeß der Beizerei und Polierei" ist erschienen und enthält über 100 praktische Beiz-Rezepte für alle Hart- und Weichhölzer. Zu beziehen von W. Diederichs, Barmen, Unterdörner Straße 105. Preis 10 Mk., Porto und Nachnahme extra.

Hobelbänke

für Tischler, Stuhlbauer, Stellmacher und Bildhauer liefern kurzfristig zu billigsten Preisen bei nachweisbar reeller Bedienung
A. Wiesner & Liehr
Hobelbankfabrik
Liegnitz in Schlesien
Man verlange Preisliste.

HOLZKITT
reine Schellackware
in allen Farben, Stange 2,25 Mark.
G. HELWIG
Fabrik feiner Lacke, Polituren, Beizen und Mattpräparate
Frankfurt am Main-West.

Ia Tafelleim, kg 20 Mark,
Lederleim 22 M., Schellack bill., gibt ab 1, 4½ u. 9 kg-Netto-Pak. geg. Nachn. Franz Kilchinat, Berlin O 112, Jeumeltr. 18.

Leim, Schellack
kauft gegen Mustereinsendung Fritz Haak, Berlin N. 58, Stubbenkammer Straße 4.

Leim- und Furnieröfen
fertigen als Spezialität, Prospekt gratis,
Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. 1.

Polierwatte Ia
von Postkolli ab liefert preiswert
Christian Wünschmann, Rodenau i. Sachs.

Schöne Intarsien-Holzeinlagen für Möbel, Schatullen
Maxim. Weiß, Würzburg 2.

Sportschlitten-Kufen!
Esche, gebogen, prima Ware.

	100	120	140	160 cm Holzlänge
	13,50	15,50	17,50	19,50 Mk. per Paar

	215	230 cm Holzlänge
Ringel-Kufen	40,—	42,— Mk. per Paar

Versand: Nachnahme.
Walther, Dresden 22, Rehefelder Straße 53.
Auf die bis 15. Oktober eingehenden Bestellungen gewähre ich 10 Prozent Rabatt.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.